

Günter Siemers

Myanmar:
Aspekte der
vorhersehbaren Zukunft
(Teil 2)

Gliederung:

Teil 1:

- 1 Zeitgeschichtlicher Hintergrund
- 2 Innenpolitische Lage und Ausblick
 - 2.1 Regierungsseite
 - 2.2 Nichtregierungsseite

Teil 2:

- 3 Außenpolitische Lage und Hintergrund
 - 3.1 Beziehungen zu den USA
 - 3.2 Beziehungen zur EU
 - 3.3 Beziehungen zur ASEAN
 - 3.4 Beziehungen zur VR China
 - 3.5 Beziehungen zu Japan, Indien u.a.
 - 3.6 Ausländische Kritik an der Regierung, Kommentar
- 4 Wirtschaftslage und Ausblick
- 5 Resümee

Ergänzungen zu Teil 1

Seit dem Erscheinen von Teil 1 dieses Aufsatzes (in SOAa, 5/2003, S.456-462) hat es in der Innenpolitik von Myanmar eine nicht unwichtige Entwicklung gegeben:

Zum einen hält die Regierung die Generalsekretärin der National League for Democracy (NLD), Aung San Suu Kyi – die in Verbindung mit einem mutmaßlich auf der Regierungsseite arrangierten Zusammenstoß in der Nacht vom 30. zum 31. Mai 2003 verhaftet worden war (s. SOAa, 4/2003, Ü 36), aber nach einer Uterus-Operation am 18. September in Yangon¹ am 26. September auf ihrem Anwesen in Yangon unter Hausarrest gestellt statt in die „Schutzhaft“ zurückgeführt wurde² – formalrechtlich nicht mehr unter Arrest, obwohl sie weiterhin ihr Anwesen am Inya-See in Yangon nicht verlassen und nur ausnahmsweise Besucher empfangen darf. Nach einer Zusammenkunft mit der De-facto-Führerin der Opposition am 6. November teilte der UNO-Sonderbeauftragte Pinheiro, der zu seinem sechsten Besuch zur Untersuchung der Menschenrechtsslage in Myanmar weilte, mit, Aung San Suu Kyi habe die ihr angebotene Freilassung abgelehnt, bis auch die

anderen Gefangenen freigelassen würden.³ Die Regierung hat um den 10. November acht der (offenbar nach Regierungsangaben) in Verbindung mit dem Zusammenstoß vom 30. Mai noch in Haft befindlichen 35 Personen freigelassen und prüft, wie Pinheiro mitgeteilt wurde, die Freilassung in weiteren Fällen.⁴ Danach sind mehrfach weitere Gefangene auf freien Fuß gesetzt worden.

Zum anderen erklärte in der zweiten Novemberhälfte 2003 der stellvertretende Außenminister U Khin Maung Win in einem Interview mit der BBC, die Regierung habe regelmäßige Kontakte zu Aung San Suu Kyi. Der Dialogprozess stehe an einem delikaten Punkt („juncture“).⁵

Ferner wurde, nachdem am 6. September vier neue Vorstandsmitglieder der National Convention Convening Commission (NCCC) eingesetzt worden waren (s. Teil 1), am 23. September die Ernennung von 13 weiteren NCCC-Mitgliedern, darunter einem Vorstandsmitglied, bekannt gegeben.⁶

Damit ist nicht nur dokumentiert worden, dass die im Frühjahr 1996 als Reaktion auf den Abzug sämtlicher NLD-Delegierten durch Aung San Suu Kyi ausgesetzten Sitzungen des Nationalkonventes zur Ausarbeitung der Grundzüge einer neuen Verfassung nunmehr fortgesetzt werden sollen, sondern es zeichnet sich auch ab, dass die Regierung versucht, die NLD-Generalsekretärin und damit die de facto unter ihrer Leitung stehende NLD in den Prozess des Ausarbeitens eines Verfassungsentwurfes wieder einzubeziehen.

Der UNO-Sonderbeauftragte für Myanmar, Razali Ismail – der seit dem Jahr 2000 als Vermittler zwischen der Regierung und Aung San Suu Kyi fungiert hat – erklärte Anfang März 2004 nach einem dreitägigen Besuch in Yangon, bei dem er u.a. mit Premierminister General Khin Nyunt und (zweimal) mit der NLD-Generalsekretärin zusammenkam, er glaube, der Premierminister meine jetzt, er könne eine Arbeitsbeziehung („working relationship“) mit Aung San Suu Kyi und der NLD zustande bringen. Die NLD-Generalsekretärin habe ihm gegenüber geäußert, sie sei bereit eine neue Seite aufzuschlagen und hoffe („is looking forward“), frei zu sein und mit dem Premierminister daran zu arbeiten, den Prozess der nationalen Aussöhnung vorwärts zu bewegen. Er hoffe („hope“), Aung San Suu Kyi bald frei zu sehen, vielleicht innerhalb einiger Wochen. Termine wurden Razali nicht genannt, aber als einen möglichen Termin sieht er das Wasserfest (Mitte April) an.

Aus Diplomatenskreisen in Yangon verlautete dazu um dieselbe Zeit, die Regierung dürfte Razali diesbezügliche Schritte zu verstehen gegeben haben. Zunächst werde der NLD-Generalsekretärin erlaubt werden, mit dem übrigen NLD-Vorstand zusammenzukommen – falls dies nicht bereits geschehen sei. Anschließend dürften weitere politische Gefangene freigelassen und landesweit die Öffnung geschlossener NLD-Parteibüros gestattet werden.⁷

Premierminister General Khin Nyunt ist nach Angaben der Botschaft von Myanmar in Berlin bereits mit Repräsentanten von 15 der 17 bewaffneten Organisatio-

³ISN, 9.11.2003, nach Mhone Shwe Yee; BBC, 19.11.2003, nach Mhone Shwe Yee.

⁴Reuters, 11.11.2003, nach Mhone Shwe Yee.

⁵BBC, 21.11.2003, nach Mhone Shwe Yee.

⁶MT, 29.9.-5.10.2003.

⁷BBC, o.D., nach Mhone Shwe Yee, 7.3.2004.

¹Reuters, 20.9.2003, nach Mhone Shwe Yee online; *The Washington Times*, 20.9.2003, nach Mhone Shwe Yee.

²Channel News Asia, 28.9.2003, nach Mhone Shwe Yee; MT, 29.9.-5.10.2003.

nen zusammengekommen, die einen Waffenstillstand mit der Regierung vereinbart haben, wobei diese bislang Unterstützung der Road Map to Democracy zum Ausdruck brachten.⁸ Verhandlungen mit der Karen National Union über eine formelle Waffenstillstandsvereinbarung sind im Gang, haben aber – wie bereits mehrere Verhandlungsrunden in den letzten Jahren – bisher zu keinem konkreten Ergebnis geführt und dürften noch einige Zeit in Anspruch nehmen.⁹ Alle bestehenden politischen Parteien sind offenbar wieder zum Nationalkonvent eingeladen.

3 Außenpolitische Lage und Hintergrund

1948 erhielt Myanmar nach 62 Jahren britischer und (wenige Jahre während) japanischer Kolonialherrschaft – einschl. einer kurzen Zeit nur auf dem Papier stehender „Unabhängigkeit“ unter Japan – wieder die Souveränität und damit auch die außenpolitische Entscheidungsfreiheit zurück. Es war seither mit Erfolg stets bestrebt, sich aus den internationalen Konflikten, einschl. des Kalten Krieges, herauszuhalten, und hat auch lokale militärische Auseinandersetzungen vermieden – sieht man von punktuellen Grenzkonflikten ab, die meist in Verbindung mit Kämpfen gegen Aufstandsorganisationen standen.

Diese außenpolitische Grundlinie gilt weiter fort. Sogar auf z.T. heftige politische Angriffe von Seiten einiger ausländischer Regierungen hat Myanmar in der Regel nur defensiv und nicht mit wirklichen „Gegenangriffen“ reagiert.

Von den ausländischen Regierungen nimmt die der USA zentral die härteste Haltung gegenüber Myanmar ein. Die Ex-Kolonialmacht Großbritannien – wo Aung San Suu Kyi auch über gute persönliche Beziehungen verfügt – verfolgt ebenfalls einen harten Kurs, der jedoch durch seine EU-Mitgliedschaft begrenzt wird und nicht dasselbe Ausmaß hat wie im Falle der USA. Auch einige kleinere EU-Staaten betreiben einen härteren Kurs, andere verfolgen unterschiedlich eine weniger harte bis ganz leicht konziliante Politik. Am anderen Ende der Skala steht die VR China, die sich strikt an den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten hält und Myanmar auch Wirtschaftshilfe gewährt. Die Zusammenarbeit Myanmars mit Indien ist positiv und hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert. Japan und Australien drängen auf Demokratisierung in Myanmar, leisten aber auch in unterschiedlichem Umfang etwas Hilfe. Die Beziehungen zu den Mitgliedsstaaten der Regionalorganisation ASEAN – deren Vollmitglied Myanmar ist – sind durchweg gut, obwohl sich manche von ihnen (ohne Härte oder Sanktionen) ebenfalls für innenpolitische Veränderungen in Myanmar einsetzen. Zu einigen weiteren Staaten hat Myanmar ebenfalls ein etwas engeres positives Verhältnis, zu fast sämtlichen übrigen weltweit völlig normale Beziehungen.

3.1 Beziehungen zu den USA

Die USA waren vor dem Militärputsch 1988 als Wirtschaftspartner für Myanmar völlig unbedeutend;¹⁰ auch ihre bilaterale Entwicklungszusammenarbeit beschränkte sich im Wesentlichen auf einige Mio. US\$ pro Jahr zur Rauschgiftbekämpfung. Dennoch haben sie seither die mit Abstand stärksten Sanktionen gegenüber Myanmar verhängt und blockieren (zusammen mit der EU) auch die Hilfe durch internationale Organisationen wie den Internationalen Währungsfonds (IMF), die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) u.a. Ihr Hauptmittel bei dem kontinuierlichen Versuch nach 1988, grundlegende innenpolitische Veränderungen in Myanmar herbeizuführen, war, so weit öffentlich erkennbar, Druck und nicht Diplomatie.

Als eine wesentliche Begründung für ihre Maßnahmen und Forderungen haben die USA immer wieder grundlegende Menschenrechtsverletzungen in Myanmar angeführt. Manche Beobachter sehen aber darüber hinaus ein Motiv für das Interesse der US-Regierung auch in der geostrategischen Lage Myanmars zwischen Indien (gemeinsame Landgrenze knapp 2.200 km), China (gemeinsame Landgrenze über 1.300 km) und Thailand (gemeinsame Landgrenze rund 2.100 km) sowie außerdem Bangladesch und Laos. Darüber hinaus könnten die USA von einer ausgesprochen US-freundlichen Regierung in Myanmar u.U. die Genehmigung zur Einrichtung von Kriegsmarinebasen mit ausreichender Wassertiefe auch für schwere Einheiten erhalten, während sie seit der gegen ihren Willen erfolgten Schließung ihrer Militärstützpunkte in den Philippinen über keinerlei größere solche Anlagen in Südostasien mehr verfügen.

Die negative Haltung der Regierung in Washington zeigt sich oberflächlich schon darin, dass sie – zumindest häufig – nicht die offizielle Landesbezeichnung „Myanmar“ gebraucht (die in etwas anderer Schreibweise bereits aus dem 12. Jahrhundert belegt ist und international, darunter von der UNO, der Bundesrepublik Deutschland und zahlreichen anderen Staaten verwendet wird), sondern das aus der britischen Kolonialzeit stammende und weiter von Regierungsgegnern und deren ausländischen Sympathisanten benutzte „Burma“.¹¹

¹⁰Nach den regierungsamtlichen Statistiken gingen im Haushaltsjahr 1988/89 0,7% der Exporte Myanmars nach Nordamerika, und 1,5% seiner Importe kamen von dort. Nach Ministry of Planning and Finance (Hrsg.), *Review of the Financial, Economic and Social Conditions For 1992/93*, Yangon 1992.

¹¹Nach der Unabhängigkeit von Großbritannien 1948 wurde „Burma“ zwar dem Ausland gegenüber und in englischsprachigen Publikationen zunächst weiter benutzt, im Inland fand aber bereits, wie noch heute u.a. die Namen von großen Staatsunternehmen belegen, die Bezeichnung „Myanmar“ (in der das „r“ nicht gesprochen wird, sondern lediglich ein Längenzeichen für den vorausgehenden Vokal ist) in der Schreibung „Myanma“ oder „Myanmah“ Anwendung. 1989 fand im Zuge einer „Entkolonialisierung“ auch zahlreicher geographischer Namen, Straßennamen usw. eine formale durchgehende Umbenennung auch des Landes in Myanmar statt. Anhänger der Kolonialzeit-Bezeichnung argumentieren, auch bei anderen Staaten sei vom Ausland der neue Name nicht übernommen worden. Dies trifft sicherlich in einigen Fällen zu, bei denen die neue Landesbezeichnung für das Ausland sprachlich schwierig war und bereits seit langer Zeit eine andere Bezeichnung bestand, aber bei sprachlich „leichteren“ Fällen (zu denen „Myanmar“ zweifelsohne gehört) und in jüngerer Zeit sind die von der jeweiligen Regierung gewünschten Änderungen allgemein auch vom Ausland mitvollzogen worden, so bei einer Reihe afrikanischer Staaten oder von „Ceylon“ zu „Sri Lan-

⁸Embassy of the Union of Myanmar (Berlin), *Myanmar News*, 1/2004, 4.3.2004.

⁹Voice of America, o.D., nach Mhone Shwe Yee, 23.2.2004.

Politische Kernpunkte der US-Forderungen sind die Aufnahme substanzieller Verhandlungen mit Aung San Suu Kyi und die Rückkehr zur Demokratie (die in Myanmar nur von 1948 bis 1962 – mit einer Unterbrechung von anderthalb Jahren – bestanden hatte, was die USA seinerzeit aber nicht an positiven Beziehungen zu der diktatorischen Regierung ab 1962 gehindert hatte), d.h. eine Selbstauflösung des regierenden State Peace and Development Council (SPDC). Dies soll der SPDC, wie gesagt, nicht aufgrund einer freiwilligen eigenen Entscheidung tun, sondern schon vorher als Resultat von Druck.

Ihre Forderungen durchzusetzen versuchen die USA vor allem auf vier Wegen: 1. Sanktionen, 2. Druck auf andere Staaten, Druck auf Myanmar auszuüben, 3. starke Propaganda zur Schaffung eines stark negativen Bildes von Myanmar, 4. Unterstützung von myanmarischen Regierungsgegnern und aktive Kontakte zur legalen Opposition in Myanmar.

Die Sanktionen umfassen u.a. die Nichtgewährung bilateraler Entwicklungshilfe, die Blockierung multilateraler Entwicklungshilfe in internationalen Institutionen, die Verweigerung von Visa für höhere myanmarische Regierungsrepräsentanten und ihre Ehefrauen und Kinder, ein Verbot von Neuinvestitionen in Myanmar durch US-Firmen, und seit Ende August 2003 erhebliche zusätzliche Restriktionen. Hinzu kamen schon vorher Kampagnen von Nichtregierungsorganisationen gegen US-Firmen mit Geschäftsbeziehungen nach Myanmar, von denen manche, die an ein breites Publikum auf dem amerikanischen Markt verkaufen, sich daraufhin aus Myanmar zurückgezogen haben.

Durch die neuen Vorschriften, die am 28. August 2003 – einen Monat, nachdem Präsident Bush das zuvor vom Kongress mit überwältigender Mehrheit verabschiedete diesbezügliche Gesetz, den so genannten Burmese Freedom and Democracy Act of 2003, unterzeichnet hatte – in Kraft traten, wurden alle Importe aus Myanmar verboten (ausgenommen von US-Diplomaten aus Myanmar mitgebrachte Gegenstände, so weit diese nicht zum Verkauf bestimmt sind, sowie Filme, Photographien, CD-ROMs, Schallplatten und anderes Informationsmaterial). Myanmarische Guthaben in den USA wurden eingefroren, die Blockade bilateraler und multilateraler Hilfe für Myanmar formal untermauert, das Visumsverbot etwas ausgedehnt, Hilfe für Regierungsgegner genehmigt, und US-Banken wurden Transaktionen mit myanmarischen Banken untersagt (Ausnahme: Mittel in Zusammenhang mit der diplomatischen/konsularischen Vertretung der USA im Lande).¹² Bei einigen dieser Punkte handelte es sich nur um eine generelle Festschreibung bereits früher praktizierter Verfahren. Vor allem das Importverbot und die fast völlige Unterbindung der Banktransfers haben Myanmar härter getroffen (s.u. Wirtschaft). Von myanmarischer Regierungsseite wurde u.a. kritisiert, dass die US-Sanktionen vor allem der normalen Bevölkerung in Myanmar schade-

ten.

Derart umfassende Sanktionen können nicht mehr als bloßer „Warnschuss“ o.Ä. angesehen werden, sondern haben offenbar das Ziel, die Wirtschaft Myanmars zum Zusammenbrechen zu bringen¹³ oder zumindest so stark zu schädigen, dass es zu Unruhen in der Bevölkerung kommt und die Regierung in Yangon dadurch zum Abtreten gezwungen wird. Politisch sind die USA dabei offenbar zu keinerlei Kompromiss mit der Regierung in Yangon bereit. So hieß es in einer am 24. April 2003 von US-Präsident Bush herausgegebenen Presseerklärung u.a.:

Die Vereinigten Staaten erkennen weiterhin das Ergebnis der Parlamentswahl von 1990 an und unterstützen ihre [Anm: Nach dem Kontext bezieht sich das offenbar auf Aung San Suu Kyi.] Ziele, durch effektiven politischen Dialog mit dem herrschenden Militärregime Demokratie und nationale Aussöhnung wiederherzustellen.¹⁴

Obwohl sie selbst erheblich zur Verschlechterung der Wirtschaftslage in Myanmar beitragen und mit ihrem harten politischen Kurs, der an der Regierung kein gutes Haar lässt und ausschließlich die Opposition unterstützt, einer Annäherung zwischen Regierung und Opposition eher entgegenwirken, begründen sie mit dieser Lage in Myanmar gleichzeitig Teile ihrer Maßnahmen gegenüber diesem Land. So leitet, seit 1997 auf der Grundlage des U.S. National Emergencies Act ein Verbot von Neuinvestitionen in Myanmar verhängt wurde, der amerikanische Präsident dem Kongress zur Verlängerung dieser Sanktionen regelmäßig (halbjährlich?) ein Schreiben zu, in dem er feststellt, die Handlungen und die Politik der Regierung von Myanmar „stellen weiterhin eine ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung der nationalen Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten dar“.¹⁵

In einer myanmarischen Regierungsverlautbarung vom 18. Mai hieß es dazu u.a.:

Wir haben keine Massenvernichtungsmittel, keine terroristischen Organisationen, keine expansionistischen Ambitionen und keinerlei Animosität gegenüber den Vereinigten Staaten. ... [Nach dem Hinweis, Präsident Bush könne versichert sein, dass die USA nichts von Myanmar zu befürchten hätten:] Wir sind eine kleine, friedfertige Nation, deren Bevölkerung primär aus Bauern besteht. Wir leben in Harmonie mit anderen Nachbarn. ... [Nach dem Hinweis, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Myanmar nur 1/100 dessen in den USA betrage:] Unsere Ziele sind ganz einfach: Unser Land wirtschaftlich und politisch weiterentwickeln. Wir möchten die Vereinigten Staaten dazu einladen („encourage“), mit uns bei der friedlichen Erreichung dieser Ziele zusammenzugehen („to join“). Wir sind der Auffassung, dass Zusammenarbeit, nicht Konfrontation, der Weg zum Fortschritt ist, und wir fordern die Vereinigten Staaten auf („urge“), die eingebildeten („imaginary“) Befürchtungen beiseite zu lassen und zusammen mit der Bevölkerung von Myanmar an unserem friedlichen und

ka“, oder bei Ortsnamen von „Peking“ zu „Beijing“, von „Bombay“ zu „Mumbai“ usw. Die Weiterverwendung der Kolonialzeit-Namen im Falle Myanmars – entgegen den internationalen Gepflogenheiten – dürfte daher meist politisch motiviert sein. (Zur Landesbezeichnung s. Esche, Annemarie, „The name problem Myanmar – Burma“, in: *Asien*, Januar 1996, S.50-53.)

¹²BBC, 19.8.2003; XNA, 20.8.2003; AFP, 29.8.2003; sämtlich zitiert nach ihren Meldungen laut Mhone Shwe Yee.

¹³So kündigte denn auch die britische Nachrichtenagentur Reuters am 30.7.2003 (nach Mhone Shwe Yee) die neuen US-Sanktionen unter der Überschrift „US-Sanktionen könnten Birmas Wirtschaft den Todesstoß geben“ an.

¹⁴Zitiert nach ISN, 29.4.2003, nach Mhone Shwe Yee.

¹⁵Hier zitiert nach MT, 26.5.-1.6.2003, aus dem Schreiben des Präsidenten vom 16.5.2003, aber entsprechend nach amerikanischen Quellen in früheren Schreiben benutzte Formulierung.

stabilen Übergang zur Demokratie zu arbeiten („to join ...“).¹⁶

In der Tat fällt es schwer, sich vorzustellen, wie Maßnahmen der Regierung in Yangon eine außerordentliche Bedrohung der Sicherheit etc. der USA darstellen könnten. In puncto Bedrohung teilt, wenn ein Pressebericht zutrifft, die Central Intelligence Agency (CIA) der USA nicht die Meinung des Präsidenten: Sie führt Myanmar nur auf ihrer Liste „C“, d.h. bei den Ländern, die nur geringe Bedeutung für die nationalen Interessen der USA haben (im Gegensatz zur VR China und Nordkorea auf der Liste „A“).¹⁷

Da ein grundlegender Erfolg ihrer Sanktionen ausblieb, haben die USA, ebenso wie die EU, immer wieder versucht, Drittstaaten zu mehr Druck auf die Regierung in Yangon zu veranlassen. Einige Beispiele aus der jüngsten Zeit für dieses Vorgehen sind:

- Gegen Ende April 2003 erklärte US-Außenminister Powell vor einem Senatsausschuss, es werde eine schwierige Aufgabe sein, den Willen des Militärregimes in Yangon zu brechen. Er werde mit US-Verbündeten in der ASEAN arbeiten, damit diese Druck auf die Junta ausübte(n).¹⁸
- Im Juni 2003 meldete die thailändische Tageszeitung *Bangkok Post*, die USA führten eine neue internationale Kampagne an, Lobby bei Nachbarstaaten von Myanmar dafür zu betreiben, auf Myanmar Druck dahingehend auszuüben, sofort Aung San Suu Kyi freizulassen und substanzielle, positive Gespräche mit ihr aufzunehmen. Die Regierung der USA habe bereits viele Hauptstädte in Asien kontaktiert und diese aufgefordert mehr zu unternehmen, sodass die Generäle in Myanmar zu politischen Veränderungen veranlasst würden. Washington habe bereits starken Protest sowohl in Beijing als auch in Bangkok gegen deren Unterstützung für das Militärregime in Yangon eingelegt. Die Demarche bei der thailändischen Regierung sei diplomatischen Quellen zufolge sehr hart („very tough“) gewesen; in ihr sei gefordert worden, dass Thailand eine wesentlich härtere Haltung gegenüber seinem Nachbarstaat einnehme, andernfalls werde es sich selbst verstärktem Druck aus Washington gegenübersehen.¹⁹
- Am Rande der APEC-Konferenz im Oktober 2003 – die das Thema Myanmar offiziell nicht behandelte – kritisierte US-Außenminister Powell in bilateralen Gesprächen die offizielle ASEAN-Haltung gegenüber Myanmar (s.u.) und forderte, die ASEAN-Staaten sollten alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um auf Demokratie in Myanmar zu drängen. Von US-Seite wurde dabei erklärt, man sehe keinerlei positive Entwicklungen in Myanmar und keinerlei Notwendigkeit für die von Myanmar vorgelegte Road Map [zur Demokratie].²⁰

- Ein Abgeordneter des US-Repräsentantenhauses, Lane Evans, forderte am 5. November 2003 die Entfernung des UNO-Sonderbeauftragten für Myanmar, Razali (der u.a. die „vertrauensbildenden Gespräche“ zwischen der Regierung und Aung San Suu Kyi vermittelt hatte), aus seiner Position, und sagte u.a.: „Wir müssen die Autorität des UNO-Gesandten stärken und ihn durch jemand ersetzen, der fähig ist, internationale Unterstützung für Veränderungen [in Myanmar] zu mobilisieren (‘to rally’).“ Razali äußerte dazu: „Es kümmert mich nicht allzu sehr, was irgendein Repräsentantenhausabgeordneter sagt. Er hat das Recht zu sagen, was er will. Es ist ein freies Land.“²¹

Sowohl Politiker als auch Nichtregierungsorganisationen und Massenmedienorgane – allerdings nicht nur in den USA – begleiten diese Politik mit „Informationen“, die das Bild von der Lage in Myanmar oft einseitig stark ins Negative verfälschen, sei es durch Verallgemeinerung von Einzelvorgängen, durch Weglassen positiver Fakten, durch bewusste oder unbewusste Falschangaben o.a. (Beispiele s. unter „ausländische Kritik“), z.T. verbunden mit starker verbaler Aggressivität. Was das Image Myanmars betrifft, ist von US-Seite in Yangon über Jahre hinweg immer wieder verbreitet worden, die Militärausgaben hätten an den Gesamtausgaben der Regierung einen Anteil von 50% (während er nach den Regierungszahlen einschl. Nachtragshaushalt nur zwischen 25 und 30% lag und bei einem Anteil von 50% auch viele Regierungsprojekte in der Wirtschaft kaum durchführbar gewesen wären); außerdem wurden teilweise Wirtschaftsstatistiken in Umlauf gesetzt, die sich von den Regierungsangaben erheblich unterschieden, für deren landesweite Erfassung in Myanmar die USA aber keinerlei Apparat besaßen (Quelle daher möglicherweise die myanmarische Opposition).

Aktuelles Negativ-Beispiel für die Presseberichterstattung ist ein Artikel der *New York Post* am 26. Juni 2003, in dem es u.a. hieß, das Ergebnis der Parlamentswahl 1990 sei annulliert worden, Myanmar sei jetzt ein absolut verarmter Fall für den wirtschaftlichen Papierkorb und gleichzeitig ein riesiges Gefängnis für seine 45 Millionen Einwohner. [Anm.: Nicht einmal die Einwohnerzahl ist korrekt. Sie liegt derzeit bei etwa 52 Millionen.] Weiter führte dieses Presseorgan aus, sogar UN-Generalsekretär Kofi Annan und die EU mit ihren notorischen Schwächen für brutale Regime in der Dritten Welt hätten sich jetzt dem Chor der Rufe nach einer Freilassung Aung San Suu Kyis angeschlossen. In der *Washington Post* erschien am 23. Juni 2003 ein namentlich gekennzeichnete Artikel zu Myanmar mit der Überschrift „Wie man die Welt am besten von Monstern befreit“ („How Best to Rid the World of Monsters“).²²

Die o.a. Genehmigung von Mitteln zur Unterstützung von Regierungsgegnern durch das jüngste Sanktionsgesetz der USA stellt keine grundsätzliche Änderung in diesem Bereich dar. Auch früher schon enthielten US-Regierungshaushalte Mittel für solche Maßnahmen über diverse Stiftungen. Organisierte myanmarische Exilanten und ihre einheimischen Sympathisanten sind – wie in einer Anzahl anderer Länder – auch in den USA recht aktiv. Im thailändischen Grenzgebiet zu Myanmar sind u.a. amerikanische

¹⁶Zitiert nach MT, 26.5.-1.6.2003.

¹⁷Laut Julien Moe (Burmese freelance journalist – New York City – Via *the Irrawaddy*, 8.11.2003. *The Irrawaddy* ist eine regierungsgegnerische Publikation).

¹⁸ABC (Australien), 1.5.2003, nach Mhone Shwe Yee.

¹⁹BP, 9.6.2003, nach Mhone Shwe Yee.

²⁰Reuters, 19.10.2003, nach Mhone Shwe Yee; AFP, 9.10.2003, nach Mhone Shwe Yee.

²¹AFP, 8.11.2003, nach Mhone Shwe Yee.

²²Laut *Information Sheet*, (Yangon) No.C-2677 (I), 27.6.2003.

Nichtregierungsorganisationen tätig – auch, jedoch nicht sämtlich, im humanitären Bereich.

Engen Kontakt hat die US-Regierung auch zur legalen Opposition in Myanmar gepflegt, insbesondere zu NLD-Generalsekretärin Aung San Suu Kyi. Nach in einer staatlichen myanmarischen Zeitung veröffentlichten Angaben hatte Aung San Suu Kyi allein zwischen der Beendigung ihres Hausarrestes im Juli 1995 und August 1998 138-mal Kontakt zur US-Botschaft in Yangon oder deren Mitarbeitern, d.h. während der gut drei Jahre im Durchschnitt etwa jeden 8. Tag. Ähnlich häufig waren nur noch ihre Kontakte zur britischen Botschaft.²³ Nach von Regierungsseite gelegentlich veröffentlichten Angaben kam es dabei auch zu Absprachen zum Vorgehen. Seit Ende Mai 2003 ist Aung San Suu Kyi jedoch gegen solche Kontakte abgeschirmt.

Es gibt auch Regierungsstellen u.Ä. in den USA, die eine realistischere Haltung gegenüber Myanmar einzunehmen versuchen, ohne sich jedoch durchsetzen zu können (s. z.B. unten unter „Rauschgift“).

Mehr als 15 Jahre nach dem Militärputsch 1988 haben die Sanktionen der USA zwar Myanmar beträchtlichen Schaden zugefügt und vielleicht kleinere Zugeständnisse von Regierungsseite bewirkt (welchen genauen Grund Regierungsentscheidungen in Yangon jeweils haben, lässt sich selten konkret nachprüfen) – aber der von den USA angestrebte Regierungswechsel ist nach wie vor nicht erfolgt, und die derzeit wieder anlaufende Weiterarbeit an einem Verfassungsentwurf hat mutmaßlich andere Ursachen als den Druck der USA.

Dennoch gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass die USA von ihrer Politik des Druckes abgehen wollen – im Gegenteil, ein „assistant secretary of state“ mit Namen Craner drohte im Oktober 2003 bereits mit neuen Sanktionen, verbunden mit einer ins Negative verzerrten Beschreibung der Lage in Myanmar.²⁴ Was vom regierenden SPDC offenbar erwartet wird, ist, dass er sich den Forderungen der USA beugt – eine Fehleinschätzung.

Bei ihren Sanktionen haben die USA die ohne Bruch des Völkerrechtes möglichen Maßnahmen bereits weitgehend ausgeschöpft. Eine wesentliche Steigerung ist nur noch dadurch möglich, dass sie andere Regierungen dazu bringen, mit ihnen gleichzuziehen. Auch hier sind sie jedoch teilweise bereits an Grenzen gestoßen, weil andere Staaten oft eigene Vorstellungen von geeignetem Vorgehen haben, und mutmaßlich teilweise auch, weil sie sich der manchmal recht arroganten Haltung der US-Regierung oder einzelner US-Politiker nicht unterwerfen wollen.

Ein militärisches Eingreifen der USA hat Myanmar derzeit nicht zu befürchten. Zum einen sind die USA nach dem jüngsten Irak-Krieg so hoch verschuldet, dass sie auf absehbare Zeit einen neuen Krieg mutmaßlich nur aus sehr schwerwiegenden Gründen führen dürften – und diese sind bei Myanmar, das in keiner Weise Terrorismus fördert oder unterstützt und das weder Nachbarländer noch andere Staaten bedroht noch über die militärische Kapa-

zität zu einem Aggressionskrieg verfügt, ganz eindeutig nicht gegeben. Zum andern besteht Myanmar, das fast doppelt so groß wie Deutschland ist, nicht wie der Irak z.T. aus großen Wüstenflächen, sondern ist zu nahezu der Hälfte mit Wald bedeckt und z.T. bergig. In der Regenzeit – etwa Mai bis Oktober – haben in der Vergangenheit selbst Regierungstruppen und Aufständische offensive Kampfhandlungen gegeneinander jeweils eingestellt. Auch bei der gewaltigen Übermacht der Militärmaschine der USA wäre ein Sieg daher wahrscheinlich nicht so rasch möglich wie im Irak, und das Land wäre allein schon von den natürlichen Gegebenheiten her im Falle eines Sieges nur wesentlich schwerer und aufwendiger unter Kontrolle zu halten. Drittens schließlich würde ein militärisches Vorgehen der USA in Myanmar mit dem Ziel, dort einen Regierungswechsel herbeizuführen, die Position der USA in Asien – und wahrscheinlich auch in einer Reihe anderer Länder – so schwer schädigen, dass die Nachteile für die USA stark überwiegen würden. Viertens dürfte eine durch amerikanischen Militäreinsatz ins Amt der Regierungschefin gehievte Oppositionsführerin (die dazu noch ein solches Vorgehen selbst nicht unterstützen dürfte) bei der friedlichen und nationalbewussten Bevölkerung ganz drastisch an Popularität verlieren und nicht mehr legitimiert sein.

Für Myanmar sind die US-Sanktionen daher zwar insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet unangenehm, aber die Regierung ist, solange vor allem wichtige asiatische Länder sich nicht der US-Politik anschließen, nicht zum Nachgeben gezwungen.

Ein Kurswechsel der USA gegenüber Myanmar zeichnet sich gegenwärtig nur für einen Zeitpunkt ab, zu dem ein Übergang Myanmars zu einem parlamentarischen System bereits fest erkennbar und im Gange ist.

3.2 Beziehungen zur EU

Die EU-Politik gegenüber Myanmar steht seit einer Anzahl von Jahren offiziell unter dem Stichwort „kritischer Dialog“. In der Praxis hat die EU jedoch auch auf direkten Druck durch Sanktionen und auf versuchten indirekten Druck über die ASEAN zurückgegriffen. Zum Druck gehören u.a. die Einstellung der eigenen Entwicklungszusammenarbeit (außer vergleichsweise geringfügigen, von einigen Staaten auch bilateral bereitgestellten Beträgen im humanitären Bereich und – durch Deutschland – zur Rauschgiftbekämpfung), ein Verbot von Waffenlieferungen, das auch Vorrichtungen zur Auffindung von Sprengstoff einschließt, und (zwei Wochen, nachdem die USA eine solche Maßnahme eingeführt hatten) die Visumssperre für höherrangige myanmarische Regierungsrepräsentanten und ihre Ehefrauen und Kinder – das, von den völlig irrelevanten Ehefrauen und Kindern abgesehen, einem Dialog nicht eben förderlich sein und gewesen sein dürfte. Anders als die USA verhängte die EU aber weder ein Investitions- noch ein generelles Import- noch Geldtransferverbot.

Exponent eines harten Kurses gegenüber Myanmar ist in der EU die frühere Kolonialmacht des Landes, Großbritannien. Die Regierung in London hat z.B. Einladungen an das ASEAN-Vollmitglied Myanmar zu routinemäßigen Außenministerkonferenzen EU-ASEAN in EU-Staa-

²³NLM, 3.10.1998. Kontakte zur britischen Botschaft fanden der Quelle zufolge im selben Zeitraum 125-mal statt, zur australischen Botschaft 77-mal, zur französischen Botschaft 55-mal, zur deutschen Botschaft 37-mal. Allein zu einer dieser fünf Botschaften hatte die NLD-Generalsekretärin also im Durchschnitt etwa jeden dritten Tag Kontakt.

²⁴Laut *Hindustan Times*, 4.10.2003, nach Mhone Shwe Yee.

ten verhindert (bei den in Südostasien stattfindenden dieser Konferenzen waren Gastgeber Länder dieser Region, gegenüber denen die britische Regierung nicht über formale Mittel verfügte), was die ASEAN zuletzt veranlasste, ihre Teilnahme an einer Konferenz ganz abzusagen, woraufhin die EU mit einem weitgehenden Kompromiss einlenkte. Der Staatsminister im britischen Ministerium für Handel, Investitionen und auswärtige Angelegenheiten, Mike O'Brian, versicherte am 3. November 2003 in einem Antwortschreiben an 1990 gewählte NLD-Parlamentarier, die britische Regierung werde auch weiterhin „alle verfügbaren Mittel ('all available means') einsetzen, das Regime in Richtung auf den Weg zu nationaler Aussöhnung ... zu ermutigen.“²⁵ Darüber hat die britische Regierung immer wieder direkt Druck auf britische Firmen ausgeübt, die (legale) Geschäftsbeziehungen nach Myanmar unterhielten. So bestellte O'Brian im Juli 2003 den Vorsitzenden einer großen Tabakwarenfirma zu einem Gespräch ein und forderte ihn zum Abzug der Firmeninvestitionen (nach einer Pressemeldung 10 Mio. Pfund Sterling) aus Myanmar auf. Die Firma gab dem Druck nach einiger Zeit schließlich nach. Im selben Monat begann O'Brian, sich auf die (etwa 30) britischen Reiseveranstalter für Besuche in Myanmar zu konzentrieren und ordnete ihre Auflistung an.²⁶

Ebenfalls einen harten Kurs verfolgen Norwegen – dessen Regierung myanmarischen Exilanten einen Kurzwelnsender, die Democratic Voice of Burma (DVB), zur Verfügung stellt –, Dänemark und die Niederlande. Mehrere größere andere EU-Staaten versuchen, obwohl ebenfalls kritisch, mehr in Richtung Dialog zu wirken. Da außenpolitische Entscheidungen der EU bislang nur einstimmig möglich sind, ist eine auch nur schrittweise Auflockerung früher beschlossener Maßnahmen jedoch vor diesem Hintergrund sehr schwierig. Die EU hat daher ihre Sanktionen immer wieder verlängert bzw. im Juni 2003 leicht verschärft²⁷ und macht erhebliche innenpolitische Veränderungen zur Voraussetzung für eine Änderung ihrer Haltung.

3.3 Beziehungen zur ASEAN

Die 10 Staaten umfassende Organisation Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) betreibt gegenüber ihrem Mitglied Myanmar schon seit vor seinem Beitritt offiziell eine Politik des „konstruktiven Engagements“. Im Juli 1996 wurde Myanmar als „Beobachter“ in die ASEAN aufgenommen, im Juli 1997 – trotz (laut ausländischen Pressemeldungen) brieflicher Ersuchen Aung San Suu Kyis an Regierungschefs einzelner ASEAN-Staaten, davon abzusehen – als Vollmitglied. Ziel der bisherigen ASEAN-Mitglieder war dabei zum einen, die Organisation auf alle Länder Südostasiens auszudehnen, zum anderen, Myanmar, das sich bis zum Militärputsch 1988 stark gegenüber dem Ausland abgekapselt hatte, in die Region zu integrieren und an ihrer Fortentwicklung teilhaben zu lassen. In diese Zeit fallende Versuche der EU und der USA, durch massiven Druck bereits vorhandene ASEAN-Mit-

glieder zu veranlassen, Druck auf Myanmar zur Durchführung grundlegender innenpolitischer Veränderungen auszuüben, dürften den einstimmigen Aufnahmebeschluss gefördert haben, da in manchen Hauptstädten in Südostasien ganz offensichtlich Verärgerung über das im Inhalt und Stil z.T. arrogante Verhalten im „Westen“ bestand.

Die Aufnahme in die ASEAN hat in Myanmar zwar nicht zu einem Regierungswechsel geführt, wie ihn manche „westliche“ Beobachter von der ASEAN als Beweis für die Richtigkeit ihrer Politik forderten, aber doch zu einer erheblichen politisch-gesellschaftlichen Liberalisierung im Alltag, die für den häufigeren Myanmar-Besucher mit etwas Landeskenntnissen ganz offensichtlich ist. Sie vermittelte durch die zahlreichen Konferenzen, Arbeitsgespräche usw. im In- und Ausland erstmals seit Jahrzehnten Angehörigen des öffentlichen Dienstes auf breiterer Basis nähere Vorstellungen von den politischen und Wirtschaftssystemen im Ausland. Gleichzeitig sah sich die Regierung veranlasst, aufgrund formeller Vereinbarungen und aus praktischen Gründen auf in anderen ASEAN-Staaten geltende Standards hinzuarbeiten. Die aus der Zeit bis 1988 überkommenen Schranken wurden dadurch rasch abgebaut. Die Beteiligung Myanmars an transnationalen (allerdings nicht auf die ASEAN beschränkten) Verkehrssystemen, die automatische Beteiligung Myanmars an der im Ausbau befindlichen ASEAN Free Trade Area (AFTA) usw. haben auch das wirtschaftliche Umfeld für Myanmar verändert und dazu beigetragen, es zunehmend zu einem gegenüber dem Ausland offenen Land der Region zu machen – ohne dass dadurch jedoch die nationale Identität beeinträchtigt wurde. Außenpolitisch ist Myanmar durch seine ASEAN-Mitgliedschaft stärker gegen Druck abgeschirmt – formal noch mehr, seit im Oktober 2003 die VR China und Indien dem Treaty of Amity and Cooperation der ASEAN beitraten, welcher bei Konflikten zu Gewaltverzicht verpflichtet.²⁸

Ein offizielles Grundprinzip der ASEAN ist die „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten“. Dies hat in der Vergangenheit öffentliche Regierungskritik an den Verhältnissen in anderen Staaten ausgeschlossen, nicht aber ein informelles Ansprechen von internen Problemen (z.B. Myanmars) auf freundschaftlicher Basis. Da Myanmar 2006 routinemäßig den ASEAN-Vorsitz übernehmen wird, sind manche der anderen ASEAN-Staaten aber zunehmend besorgt, dass das Ansehen der Organisation geschädigt werden könnte, wenn sie nach außen hin durch ein Land mit dem (übertrieben) schlechten internationalen Image Myanmars repräsentiert werde.

Aus diesem Grund haben inzwischen manche ASEAN-Staaten deutlicher darauf hingewiesen, dass Fortschritte in Richtung Demokratisierung in Myanmar wünschenswert seien. Am deutlichsten wurde Malaysias Premierminister Mahathir, der nach dem Zwischenfall vom 30. Mai 2003 (s. Teil 1) drohte, Myanmar könne aus der ASEAN ausgeschlossen werden, wenn es die Interessen anderer ASEAN-Staaten nicht stärker berücksichtige (eine Androhung, der Thailand sofort widersprach).²⁹ Am Rande des 9. ASEAN-Gipfeltreffens auf Bali im Oktober 2003 schwenkte er jedoch wieder auf seinen früheren konzili-

²⁵Nach dem Wortlaut des Schreibens laut *Asian Tribune*, o.D., nach Mhone Shwe Yee, 2.12.2003.

²⁶*The Guardian* (Großbrit.), o.D., laut Mhone Shwe Yee, 31.7.2003; *The Independent* (Großbrit.), o.D., 4.7.2003.

²⁷Reuters (net), 17.6.2003.

²⁸*Myanmar Times*, 13.-19.10.2003. Ein Beitritt von Japan und Südkorea steht in Aussicht.

²⁹BBC, o.D., laut Mhone Shwe Yee, 22.7.2003.

anten Kurs ein und erklärte nach einer Unterredung mit Premierminister Khin Nyunt u.a.: „Ich meine, wir müssen zugeben, dass es einigen Fortschritt gegeben hat, und ich meine, wir sollten einige Anerkennung dafür zeigen. ... Fortschritt kann nur Schritt für Schritt erzielt werden. Wir können nicht erwarten, dass es über Nacht geht.“³⁰

In der offiziellen Verlautbarung zum Abschluss der ASEAN-Außenministerkonferenz in Phnom Penh im Juni 2003 wurde – noch ganz unter dem Eindruck des Zwischenfalls vom 30. Mai – formell die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass Aung San Suu Kyi bald wieder aus der Haft entlassen werde. Hinter verschlossenen Türen soll nach Presseberichten die Kritik an Myanmar allerdings wesentlich deutlicher gewesen sein.³¹ Angesichts „westlicher“ Forderungen nach einer Beteiligung von ASEAN-Staaten an Sanktionen gegen Myanmar warnte ASEAN-Generalsekretär Ong Keng Yong, es sei für jedermann wichtig, die Komplexität der Myanmar-Frage zu verstehen. Myanmar könne sich zu „einem neuen Jugoslawien, um ein Vielfaches verstärkt,“ entwickeln und zu einem größeren („major“) Destabilisierungsfaktor in Südostasien und am Indischen Ozean werden.³²

Möglicherweise waren es Befürchtungen vor einer möglichen politischen Isolierung innerhalb der ASEAN – offenbar jedenfalls nicht die neuen Sanktionen der USA und der EU –, welche die Regierung in Yangon veranlassten, im August formell die Schritte zur (ohnehin geplanten, aber im SPDC vielleicht umstrittenen) Rückkehr zu einem parlamentarischen Mehrparteiensystem anzukündigen und damit auch der Diskussion über eine von Thailand ausgearbeitete Road Map zuzuvorkommen.

Schon das ASEAN-Gipfeltreffen im Oktober 2003 auf Bali verlief für Myanmar wieder etwas positiver: Im offiziellen Abschlusskommuniqué vom 7. Oktober begrüßten die Führer der ASEAN-Staaten „die jüngsten positiven Entwicklungen in Myanmar und die Zusage der Regierung, durch Dialog und Aussöhnung einen Übergang zur Demokratie herbeizuführen“; die von Premierminister General Khin Nyunt bekannt gegebene Road Map stelle ein pragmatisches Vorgehen dar und verdiene „Verständnis und Unterstützung“.³³

Innerhalb der ASEAN ist die Haltung der einzelnen Länder gegenüber dem Mitgliedsstaat Myanmar unterschiedlich.

Sehr positiv haben sich die vorher durch häufige lokale Grenzkonflikte, meist ausgelöst in Zusammenhang mit myanmarischen bewaffneten Aufstandsbewegungen, gekennzeichneten Beziehungen zum wichtigsten ASEAN-Anrainerstaat, Thailand, entwickelt, seit dort im Jahr 2001 Premierminister Thaksin Shinawatra die Regierung übernahm und trotz heftiger Angriffe in der thailändischen Presse etc. von Konfrontation und harter Reaktion zu Annäherung überging. Inzwischen scheinen die Mechanismen zu einer raschen Beilegung lokaler Differenzen zwischen beiden Staaten im Wesentlichen zu funktionieren, es wird bei der Bekämpfung von aus Myanmar eingeschmuggeltem Rauschgift – gegen das Thailand gleichzeitig landesintern eine sehr harte Kampagne durchführt – zusam-

mengearbeitet, der Grenzhandel floriert wieder. Die thailändischen Behörden gehen gegen politische Aktivisten aus Myanmar vor.³⁴ Seit Mai 2003 werden in großer Zahl illegal eingewanderte myanmarische – und andere – Arbeitskräfte in ihr Herkunftsland abgeschoben – aber über 500.000 sollen aufgrund von Amnestieangeboten im vergangenen Jahr Arbeitslizenzen erhalten haben.³⁵ Anfang März teilte der thailändische Außenminister Surakiart informell mit, Myanmar wolle zunächst für ein Jahr thailändischen Fischkuttern wieder Fanglizenzen für seine Wirtschaftszone erteilen und wünsche thailändische Investitionen in seine Fischverarbeitung.³⁶ Da Thailand prinzipiell ein starkes Interesse an einer Unterbindung der Rauschgiftzufuhr, einer ruhigen Grenze und guten, vielfältigen Wirtschaftsbeziehungen – weit über den Grenzhandel hinaus – hat, ist eine Festigung der positiven Beziehungen zwischen den historischen Erzfeinden zu erwarten, es sei denn, in Thailand kommt eine andere Regierung mit einer anderen Politik an die Macht.

Am kritischsten, aber kein aktiver Gegner Myanmars, sind in der ASEAN die Philippinen, deren derzeitige Präsidentin (im Mai 2004 findet eine Neuwahl statt) in den USA studiert hat und außerordentlich USA-freundlich ist.

Indonesien, das zusammen mit Malaysia zu den Hauptförderern der Aufnahme Myanmars in die ASEAN gehörte, ist unter der gegenwärtigen Regierung auf einen leicht kritischeren Kurs gegangen. Malaysia drängt zwar zur Verbesserung des ASEAN-Images auf gewisse Veränderungen in Myanmar, hat aber insgesamt eine fortgesetzt positive Haltung und wirtschaftliche Interessen. Ähnliches gilt für Singapur. Vietnam, Laos und Kambodscha enthalten sich einer Einmischung in Myanmar.

Es ist nicht zu erwarten, dass die ASEAN von ihrem auf Einvernehmen und Kooperation abzielenden „asiatischen Weg“ zu einem Konfrontationskurs gegenüber Myanmar übergehen wird, wenn dort erkennbar Reformbestrebungen im Gange sind. Privatwirtschaftliche Interessen aus ASEAN-Staaten fördern eine solche Haltung. Darüber hinaus besteht auch in den anderen ASEAN-Staaten keineswegs allenthalben eine Demokratie.

3.4 Beziehungen zur VR China

Die VR China ist in neuerer Zeit von einem Gegner der Regierung Myanmars, der die damalige kommunistische Aufstandsbewegung mit Waffen und Munition versorgte, zu einer befreundeten Nation geworden, die inzwischen für die Regierung in Yangon der Hauptlieferant von Militärgütern ist, außerdem wichtigster Entwicklungshilfegeber und einer der wichtigsten Handelspartner. Die eindeutige Anerkennung und Praktizierung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder durch Beijing – das zudem stark und selbstbewusst genug ist, eventuellen Druck durch die USA oder die EU zu ignorieren – haben die VR China angesichts der Sanktionspolitik westlicher Industrienationen zur zusammen mit der ASEAN wichtigsten Säule der Außenpolitik Myanmars gemacht, die auch in der UNO und im Weltsicherheitsrat eine wichtige Stimme hat.

³⁰ *New Straits Times*, o.D., nach Mhone Shwe Yee, 7.10.2003.

³¹ Reuters (net), 17.6.2003.

³² *The Statesman* (net), 16.6.2003.

³³ Zitiert nach *Myanmar Times* (net), 13.-19.10.2003.

³⁴ DVB, o.D., laut Mhone Shwe Yee, 27.2.2004.

³⁵ *The Irrawaddy*, o.D., laut Mhone Shwe Yee, 10.3.2004.

³⁶ *Bangkok Post*, o.D., laut Mhone Shwe Yee, 3.3.2004.

Die VR China hat damit in ihrem Süden auf einer Grenzlänge von über 1.300 km eine befreundete Nation als Anrainer, die sie zunehmend wirtschaftlich zu durchdringen im Begriff ist. Der Weg für Gütertransporte vom Hafen von Yangon ins südchinesische Yunnan ist rund 2.000 km kürzer als der von der chinesischen Küste aus, wozu aus vielen Ländern noch eine starke Verkürzung der Schiffsverbindung kommt. Bei der Lieferung bestimmter Rüstungsgüter sollen vorübergehend auch chinesische Militärausbilder im Land gewesen sein. Dass die VR China auf einer myanmarischen Insel in der Andamanen-See eine Radarstation unterhält, wird von offizieller Seite in Myanmar mit guter Argumentation bestritten. Berichte, dass nach Ausbaggerung eines der Quellflüsse des Ayeyarwaddy chinesische Fregatten von Südchina in den Indischen Ozean fahren könnten, sind nach zuverlässigen Angaben in Yangon vom Tiefgang solcher Schiffe her absolut unzutreffend. Dennoch ist es für die VR China auch von strategischer Bedeutung, dass in ihrem Süden durch Myanmar jedwedes „containment“ durchbrochen ist, und wirtschaftlich bedeuten gute Beziehungen zu Myanmar für China ein Sprungbett in das Indik-Gebiet.

Das in Myanmar regierende nationalbewusste Militär wird eine auch nur graduelle formale Unterordnung des Landes unter China mit Sicherheit nicht zulassen. Von welchem Umfang an aber eine wirtschaftliche Durchdringung abgeblockt wird, ist vor dem Hintergrund der außenpolitischen Bedeutung der VR China für Myanmar und der wirtschaftlichen Defizite durch die Sanktionen der USA und der EU sowie deren Blockierung von Hilfe durch die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank usw. offen. Bei der gegenwärtigen Konstellation wird sich der Einfluss der VR China nicht verringern, sondern weiter wachsen.

3.5 Beziehungen zu Japan, Indien u.a.

Japan, das bis zum Militärputsch 1988 mit Abstand größter bilateraler Entwicklungshilfegeber Myanmars war, hat seine Hilfe danach drastisch reduziert, US-Druck auf völlige Einstellung aber nicht nachgegeben. Seit langem läuft ein – auch für andere „arme“ Länder geltendes – Programm, bei dem Myanmar nach Tilgung einer Grundschuld von jeweils grob 15 bis 20 Mio. US\$ denselben Betrag als nicht zurückzahlenden Zuschuss erhielt, allerdings zweckgebunden für Beschaffungen aus Japan. Darüber hinaus hat Japan immer wieder in kleinerem Umfang humanitäre Hilfe geleistet, in neuerer Zeit aber auch Wirtschaftshilfe (so für den Bau eines Wasserkraftwerkes – was ebenfalls als „humanitär“ eingestuft wurde). Da es sich zudem mit öffentlicher Kritik an Myanmar zurückhielt, soll es durch nicht öffentliche Gespräche manche Liberalisierungsschritte erreicht haben.

Die derzeitige Regierung in Tokyo hat hingegen etwas härtere Töne angeschlagen, insbesondere nach dem Zwischenfall vom 30. Mai 2003 und der anschließenden, im wesentlichen erfolgreichen Mission eines japanischen Regierungsgesandten. Zumindest humanitäre Hilfe wird weiterhin gewährt, und Japan betreibt keinerlei Sanktionen gegenüber Myanmar (die nach dem Militärputsch 1988 ausgesetzte öffentliche Investitions- und Exportversicherung ist schon vor einer Anzahl von Jahren wieder eingeführt

worden. Asylbewerber auch aus Myanmar haben es in Japan nicht leicht (was allerdings auch auf ein allgemeineres japanisches Bestreben zurückgehen dürfte, nicht allzu viele Fremde dauerhaft ins Land zu lassen). So erkannten nach einer japanischen Pressemeldung die japanischen Behörden im Kalenderjahr 2003 nur 10 Asylbewerber, darunter 8 aus Myanmar, als politische Flüchtlinge an; 298 Asylanträge wurden abgelehnt, 23 von den Antragstellern selbst zurückgezogen. Von den insgesamt 236 Asylbewerbern kamen 111 aus Myanmar.³⁷

Japan ist aus wirtschaftlichen Gründen sehr stark auch an Südostasien interessiert und dürfte in absehbarer Zeit Teil eines gemeinsamen Marktes mit den ASEAN-Staaten, der VR China u.a. werden. Auf einem Gipfeltreffen in Tokyo im Dezember 2003 sagte es den ASEAN-Staaten insgesamt 3 Mrd. US\$ an Hilfe zu (in welchem Zeitraum, ist hier nicht ersichtlich), darunter für einen großen Bereich, an dem auch Myanmar beteiligt ist.³⁸ Bei der bekannt engen personellen Verzahnung zwischen Behörden und Wirtschaft in Japan (Stichwort: *ama-kudari*) ist zu erwarten, dass die Regierung wieder eine der Privatwirtschaft förderliche positivere Haltung gegenüber Myanmar einnimmt, sobald mehr oder weniger deutliche Fortschritte dort in Richtung Demokratisierung eine Handhabe bieten.

In Indien hat früher die staatliche Rundfunkanstalt RAI birmanischsprachige Propagandasendungen gegen den SLORC ausgestrahlt. Die Konfrontationspolitik wurde jedoch inzwischen aufgegeben – nach „gängiger“ Beobachteransicht, weil Indien dem zunehmenden Einfluss seines Gegners VR China in Myanmar durch bessere eigene Beziehungen dorthin entgegenwirken wollte. Dies war Bestandteil der in den frühen 1990er Jahren eingeführten „Look east“-Politik Indiens – dessen West-Anrainer sein Feind Pakistan ist – zur Herbeiführung engerer Beziehungen zu Südostasien. Inzwischen gehört Indien auch zu den Waffenlieferanten Myanmars, der Handel ist im Wachsen begriffen, und allein 2003 kam es zu 7 Ministerbesuchen zwischen beiden Staaten; ebenfalls 2003 stellte Indien Myanmar einen Kredit von 25 Mio. US\$ zur Verfügung und sagte einen Kredit von 57 Mio. US\$ für ein Verkehrsprojekt zu.³⁹ Möglicherweise wird es später Großabnehmer von Erdgas aus einem in der Erschließung befindlichen sehr umfangreichen myanmarischen Offshore-Lager sein. Eine Änderung der derzeitigen Konstellation für Indien zeichnet sich nicht ab, sodass auch seine Beziehungen zu Myanmar weiter wachsen dürften.

Russland unterhält zwar keine engen Beziehungen zu Myanmar, hat aber preisgünstig Düsenjäger vom Typ MiG-29 sowie einen derzeit offenbar in Bau befindlichen kleinen Atomreaktor (10 MW, für medizinische Zwecke u.a., produziert kein waffenfähiges Material) geliefert.

Von den übrigen Ländern sei hier nur noch Australien erwähnt, das früher gegenüber Myanmar eine ähnlich harte Politik wie die EU betrieb, seit einem Regierungswechsel aber Hilfe im humanitären Bereich leistet und u.a. Kurse für öffentliche Bedienstete in Myanmar zu den Menschenrechten durchführt.

Von den o.a. Ausnahmen und einigen kleinen anderen,

³⁷ *Japan Times*, o.D., laut Mhone Shwe Yee, 29.2.2004.

³⁸ *Myanmar Times*, 15.-21.12.2003.

³⁹ *Myanmar Times*, 19.-25.1.2004.

für es völlig unbedeutenden anderen Ländern abgesehen, unterhält Myanmar weltweit zu allen übrigen Ländern normale oder gute Beziehungen. Die von einigen „westlichen“ Politiken und Massenmedienorganen gerne benutzte Floskel von einer „internationalen Isolierung“ Myanmars ist unzutreffende Propaganda oder basiert auf einer Weltsicht, welche die Existenz der meisten Länder nicht zur Kenntnis nimmt.

3.6 Ausländische Kritik an der Regierung, Kommentar

Die ausländische Kritik an Myanmar trifft nur teilweise zu und hat dem Land daher zu einem schlechteren Image verholfen als es den Tatsachen entspricht. Die Basis der Kritik ist, so weit sie nicht den Fakten entspricht, z.T. „Eigenproduktion“ von Kritisierenden, z.T. sind es wissentlich oder unwissentlich falsche Behauptungen von Gegnern der Regierung in Yangon.

Ein neueres eklatantes Beispiel für Letztere sind – auch von einigen ausländischen Diplomaten in Yangon weitergegebene – Angaben, bei dem Zwischenfall am 30. Mai 2003 sei Aung San Suu Kyi an Kopf und Schulter verletzt worden, ihre Schulter könne durch einen Stein- oder Ziegelsteinwurf ausgekugelt oder gebrochen sein, der mitreisende stellvertretende Parteivorsitzenden U Tin U sei ebenfalls verletzt worden (was zwei angebliche „Augenzeugen“ sogar formell vor dem thailändischen Senat in Bangkok aussagten), bzw. er sei getötet worden. 11 Tage nach dem Zwischenfall traf der UN-Sonderbeauftragte für Myanmar, Razali, zu einem einstündigen Gespräch mit Aung San Suu Kyi zusammen. Anschließend erklärte er öffentlich, es gehe ihr gut, sie habe keinerlei Verletzungen, nicht einmal einen Kratzer. Der totgesagte U Tin U erwies sich als sehr lebendig: Am 24. Juni teilte der Repräsentant des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Myanmar mit, er habe U Tin U [im Gefängnis] besuchen können, und dieser sein unverletzt und bei guter Gesundheit.⁴⁰ Bis zu diesen beiden Aussagen trugen die Verletzungs- und Todesmeldungen zweifellos zum Aufheizen der Stimmung im Ausland gegen die Regierung in Yangon bei.

Von ausländischer Regierungsseite werden manchmal auch Dinge kritisiert, die im eigenen Land ganz oder teilweise ebenfalls gegeben sind. In solchen Fällen erscheint es dann doch häufig zweifelhaft, dass diese Kritik ausschließlich aus moralischen Gründen erfolgte.

Hier sollen nur ganz kurz einige häufige Kritikpunkte aufgelistet und mit einem kurzen Kommentar versehen werden.

In Myanmar gibt es keine Demokratie und keine Menschenrechte

Es trifft zu, dass in Myanmar keine Demokratie besteht – auch die Regierung hat nie behauptet, demokratisch zu sein. Sie hat aber schon kurz nach dem Militärputsch auf einen Übergang zu einem parlamentarischen Mehrparteiensystem hingearbeitet, was aus an dieser Stelle aus Platzgründen nicht zu erörternden komplexeren innenpolitischen Gründen bisher nicht zustande kam – für dessen

Grundlage, eine Verfassung, aber noch in diesem Jahr die Arbeit wieder aufgenommen werden dürfte.

In Abwesenheit einer Verfassung sind die Menschenrechte im innermyanmarischen Recht nicht grundsätzlich garantiert (während der bereits vorliegende Teil des Verfassungsentwurfes ausdrücklich die Garantie einer Reihe einzeln angeführter Grundrechte vorsieht). Bestimmte Rechte sind jedoch durch Myanmars Beitritt zu internationalen Verträgen geschützt. Das Gesetzesrecht schließt noch manche Bestimmungen ein, die von Großbritannien während seiner Kolonialherrschaft in Myanmar erlassen wurden und manchmal nicht unbeträchtlichen Ermessensspielraum lassen. Zu den Straftatbeständen gehören auch einzelne, die in einer Demokratie nicht dazu zählen. Einzelne (genau angeführte) besonders schwere Straftatbestände werden vor Militärgerichten verhandelt, ansonsten gilt für Zivilisten die zivile Gerichtsbarkeit.

In der Praxis ist in den letzten Jahren eine erhebliche politische Liberalisierung eingetreten, sodass in Privatgesprächen – auch mit Ausländern – sorglos Kritik an der Regierung geübt oder Sympathie für die legale Opposition zum Ausdruck gebracht werden kann; auch ruhige friedliche Demonstrationen werden gelegentlich geduldet. Wer allerdings öffentlich und außerhalb der formellen politischen Ebene das bestehende System zu gefährden sucht, muss nach wie vor damit rechnen, dass gegen ihn vorgegangen wird.

Weit verbreitete Armut

Zahlen zur Einkommensverteilung werden nicht veröffentlicht. Die Löhne und Gehälter sind zumeist recht niedrig. So erhält (legt man einen Wechselkurs von 1 US\$ = 850 Kyat zugrunde) ein Abteilungsleiter in einem Ministerium ein Monatsgehalt von umgerechnet etwa 30 US\$ – was auch etwa dem Monatseinkommen eines Facharbeiters entspricht, ein Referatsleiter erhält etwa 26 US\$. Ärzte im öffentlichen Dienst und Lehrer haben noch wesentlich niedrigere Gehälter. In vielen Fällen muss daher entweder gesondert hinzuverdient werden oder ein anderes Familienmitglied ebenfalls erwerbstätig sein. Trotz derartiger Schwierigkeiten muss aber in Myanmar – wo das Geld natürlich auch eine wesentlich höhere Kaufkraft hat – niemand verhungern. (Umgekehrt gibt es in der Privatwirtschaft bereits eine Anzahl Millionäre, auch in US\$ gerechnet.)

Die Einkommenssituation wäre für einen erheblichen Teil der Bevölkerung allerdings wesentlich besser, wenn es aus dem Ausland im anderweitig üblichen Umfang Wirtschaftshilfe gäbe und die USA und die EU nicht Hilfe durch die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank usw. blockierten. Auch die Hilfe durch UNO-Agenturen wie UNDP, UNICEF, UNHCR und WHO ist relativ gering. So belief sie sich im Jahre 2000 im Durchschnitt je Einwohner bei Myanmar auf weniger als 1 US\$, aber z.B. bei Vietnam auf etwa 15 US\$, bei Kambodscha auf etwa 42 US\$ und bei Laos auf etwa 82 US\$.⁴¹ Regierungen, die nicht unerheblich zur Armut in Myanmar beitragen, kritisieren also gleichzeitig, dass es dort Armut gibt – die übrigens anderweitig in der Region noch größer ist.

⁴⁰S. SOAa, 4/2003, S.331 und 332, und die dort angegebenen Quellen.

⁴¹NLM, 30.1.2002.

Folter politischer Gefangener

Der Autor dieses Beitrages hat vor etwa drei Jahren von einem in Yangon tätigen Ausländer, der Zugang zu Informationen über die Gegebenheit in den Gefängnissen hatte, erfahren, dass Folter etwa seit Aufnahme der Gespräche zwischen der Regierung und Aung San Suu Kyi (2000) kein Problem mehr darstelle. (Dass es noch in Einzelfällen dazu kommen kann, wurde nicht ausdrücklich ausgeschlossen. Ein größeres Problem scheint jetzt der Mangel an ausreichenden Geldmitteln bei der Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten zu sein.) Auch in einer Reihe von anderen Ländern – darunter solchen, die Myanmar kritisieren – gibt es Probleme im Strafvollzug.⁴²

Hohe Militärausgaben

Von einer ausländischen Botschaft in Yangon sind über Jahre hinweg Angaben veröffentlicht worden (die dann von ausländischen Massenmedienorganen zitiert wurden), nach denen der Anteil der Militärausgaben am Regierungshaushalt in Myanmar bei etwa 50% lag. Nach den von der Regierung veröffentlichten Zahlen (einschl. Nachtragshaushalt) belief er sich hingegen auf etwa 25 bis 28%. Auch dies ist ein im internationalen Vergleich hoher Prozentsatz.

Allerdings sind in Myanmar die Steuereinnahmen noch niedrig, d.h. in absoluten Zahlen waren die Militärausgaben dementsprechend niedrig. Stellt man daher zum Vergleich mit anderen Ländern die Militärausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), so lagen sie einem angesehenen Institut in Schweden zufolge im Jahre 2000 in Myanmar bei ca. 1,7%, in den USA bei 3,1%, in Großbritannien bei 1,6%, in Deutschland bei 1,5%, in Frankreich bei 2,6% und in Italien bei 2,1%. Im Vergleich zu anderen Staaten bewegte sich Myanmar daher nur im Durchschnittsbereich.⁴³

⁴²Diese mögen z.T. anders gelagert sein, sind aber nichts desto weniger gravierend. So heißt es im jüngsten Jahresbericht von amnesty international im Länderteil USA u.a.: „Auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba befanden sich mehr als 600 ausländische Staatsbürger ohne Anklage oder Gerichtsverfahren und ohne Kontakte zu ihren Familien oder rechtlichen Beistand in Haft. Die meisten waren während des militärischen Konflikts in Afghanistan festgenommen worden. Die US-Regierung weigerte sich, die auf dem Stützpunkt inhaftierten Ausländer als Kriegsgefangene anzuerkennen oder in Übereinstimmung mit den Genfer Konventionen ein 'zuständiges Gericht' über ihren Status entscheiden zu lassen. Die Situation anderer Gefangener, die in US-amerikanischen Einrichtungen in ausländischen Staaten in Gewahrsam gehalten werden, gab ebenfalls Anlass zu Sorge, zumal die USA über den Aufenthaltsort einiger von ihnen zu keinerlei Angaben bereit waren. Im Zuge der nach den Anschlägen auf das Pentagon und den World Trade Center vom 11. September 2001 durchgeführten Ermittlungen wurden auch in den USA rund 1.200 ausländische Staatsangehörige festgenommen, denen die Behörden vielfach völkerrechtlich verankerte Schutzgarantien vorenthielten. ... Darüber hinaus erreichten amnesty international Berichte über Polizeibrutalität und Todesfälle in Haft sowie Meldungen über Misshandlungen in den Gefängnissen und Untersuchungshaftanstalten des Landes.“ (Laut amnesty international, *Jahresbericht 2003*, Frankfurt a.M. 2003, S.614-615.)

⁴³Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), *SIPRI Yearbook 2002. Armaments, Disarmament and International Security*, Oxford 2002, S.282-287.

Kindersoldaten

Nach einem von der in New York ansässigen Organisation Human Rights Watch (HRW) im Oktober 2002 herausgegebenen Bericht sind von den rund 350.000 Soldaten in Myanmar ca. 70.000 unter 18 Jahre alt und wurden z.T. zwangsrekrutiert; auch in den Kampforganisationen der Kayin (früher: Karen), Shan und Kayinni (früher: Karenni) gibt es Kindersoldaten, und die Kachin Independence Army (KIA) umfasst auch Mädchen.⁴⁴

Die Angaben zu den Regierungsstreitkräften stellen eine absurde und nicht bewiesene Behauptung dar; denn Quelle dafür waren dem Bericht zufolge Interviews mit derzeitigen und früheren Kindersoldaten – die in Myanmar ganz sicher nicht offiziell zugelassen und daher nur in geringer Zahl möglich waren, d.h. bei den Angaben handelt es sich um eine Hochrechnung des Ergebnisses einer mutmaßlich sehr kleinen Zahl von Befragungen.

Von Regierungsseite wurde der HRW-Bericht hinsichtlich der Regierungsstreitkräfte als falsch zurückgewiesen und die Vermutung geäußert, bei den Interviewten handle es sich um nach Thailand geflüchtete Deserteure. Das Außenministerium in Yangon betonte, die Streitkräfte bestünden nur aus Freiwilligen; der Defense Services Act vom April 1974 und die War Office Regulation 13/73 würden strikt eingehalten und untersagten Personen unter 18 Jahren die Zugehörigkeit zu den Streitkräften.⁴⁵

Wären in Myanmar 20% der Soldaten Kindersoldaten, so müsste das auch im Alltag sichtbar werden. Der Autor dieses Beitrages hat bei seinen bislang 11 Besuchen in Myanmar, zuletzt im Januar/Februar 2004, noch nie Kindersoldaten gesehen.

Sklaven- und Kinderarbeit

Als „Sklavenarbeit“ ist von Anti-Regierungs-Propagandisten die behördlich organisierte Arbeit von Zivilisten für öffentliche Projekte bezeichnet worden, obwohl die Betroffenen in keinerlei Weise „Sklaven“-Status haben. Die gängige Bezeichnung durch große Nichtregierungsorganisationen usw. ist inzwischen *forced labour*.

Für solche Arbeitseinsätze musste jede betroffene Familie nach Berichten auch von ausländischen Quellen jeweils eine Person stellen, und der Arbeitseinsatz dauerte im Normalfall nicht länger als zwei Wochen, konnte je nach Projekt allerdings u.U. mehrmals pro Jahr stattfinden; ein „Freikaufen“ war offiziell zulässig. Offiziell mussten alle an den Arbeitseinsätzen Beteiligten bezahlt werden, wobei der Lohn sie allerdings offenbar häufiger nicht erreichte. Bauern stellten für die Arbeitseinsätze manchmal auch Kinder ab, um die stärkere Arbeitskraft von Erwachsenen für eigene Zwecke nutzen zu können. Objekt der Arbeiten waren Be- oder Entwässerungskanäle für die Landwirtschaft, Staudämme, neue Straßen oder Eisenbahnstrecken und in seltenen Ausnahmefällen kleinere Tourismusprojekte.⁴⁶ Durch den Import schwerer Maschinen für den Tiefbau und den zunehmenden Einsatz von

⁴⁴Laut Angaben zu dem Bericht in *The Wall Street Journal*, 15.10.2002.

⁴⁵XNA, 18.10.2002.

⁴⁶Der Bau von Straßen und Eisenbahnstrecken erfolgte schon allein aus finanziellen Gründen nicht, um dort kleine Zahlen von Touristen transportieren zu können, sondern zur allgemeinen wirtschaftlichen Erschließung des jeweiligen Gebietes.

Militäreinheiten, die durch Waffenstillstandsvereinbarungen freigesetzt wurden, konnte die organisierte zivile Arbeit stark reduziert werden. Schlechter und z.T. gefährlich waren die Arbeitseinsätze zwangsrekrutierter Zivilisten für Trägerdienste beim Militär in Kampfgebieten. Sie sind durch die Waffenstillstandsvereinbarungen automatisch zurückgegangen. Nicht um *forced labour* handelt es sich in der Regel bei kleineren Reparaturarbeiten an Asphaltstraßen, die bei Überlandfahrten per Auto immer wieder zu sehen sind und an denen ebenfalls Kinder beteiligt sind.

Auf Druck u.a. der International Labour Organisation (ILO) verbot die Regierung durch SPDC Order No.1/99 vom 14.5.1999 landesweit *forced labour*. Diese Verordnung wurde im Dezember 2001 revidiert. Die neue, präzisere Fassung schreibt vor, dass alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes, einschl. von Lokalverwaltungen, Militär und Polizei keinerlei Arbeitseinsätze von Zivilisten mehr anordnen dürfen, es sei denn, es handelt sich um einen Notfall infolge von Feuer, Überschwemmungen, Sturm, Erdbeben, epidemischen Krankheiten oder eine Hungersnot und wenn durch solche eine unmittelbare Bedrohung für die Bevölkerung allgemein bzw. die Gemeinde besteht. Diese Arbeitseinsätze dürfen nur im Wohnbereich der Betroffenen organisiert werden, es muss eine Bezahlung erfolgen, und bestimmte (spezifizierte) Personenkreise sind von ihnen grundsätzlich ausgenommen.⁴⁷

Es gibt gelegentlich Berichte, dass die neuen Vorschriften noch nicht überall voll umgesetzt worden sind. Die ILO konnte jedoch inzwischen eine Repräsentanz in Yangon eröffnen, die in Zusammenarbeit mit der Regierung die Herstellung des angestrebten Zustandes herbeiführen soll.

Hohe Rauschgiftproduktion und Verwicklung der Regierung darin

Heftige Vorwürfe hinsichtlich der Rauschgiftproduktion in Myanmar kommen nicht nur, aber insbesondere, aus den USA, die aber jede Zusammenarbeit bei der Bekämpfung ablehnen und sich über ein Büro der DEA in Yangon lediglich an der Ermittlung der Anbau- und Produktionsdaten beteiligen. Eine enge Zusammenarbeit besteht dagegen mit der VR China sowie in neuester Zeit auch mit Thailand.

Nach UN-Angaben belief sich die Opium-Produktion – die einige Jahre vorher noch bei über 2.000 t gelegen hatte – im Jahr 2002 auf 838 t. Der Rückgang war teilweise auf klimatisch bedingt schlechte Ernten zurückzuführen, zum andern aber auf die kontinuierliche Vernichtung von Rauschmohfeldern und die anhaltenden behördlichen Bestrebungen, die Bauern in den relevanten Gebieten zum Verzicht auf den Mohnanbau zugunsten von anderen Anbauprodukten zu veranlassen, wofür jedoch noch nicht ausreichend Geldmittel zur Verfügung stehen. Seit 1999 läuft ein 15-Jahres-Plan, an dessen Ende das Land völlig rauschgiftfrei sein soll; mehrere Gebiete sind bereits zu rauschgiftfreien Zonen erklärt worden. Die Regierung in Yangon hat angekündigt, für das Jahr 2003 werde eine Senkung der Produktion auf 400 t angestrebt.

Während auf der einen Seite die Produktion von Opium und Heroin erheblich gesunken ist, hat in den letzten Jahren die Produktion von Amphetamintabletten stark zugenommen. Von behördlicher Seite in Yangon ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass dafür wichtige Chemikalien in Myanmar nicht erhältlich seien, sondern ins Land geschmuggelt würden.

Ein hochrangiger Beamter des US-Außenministeriums bezeichnete in einer Rede am 21.11.2002 die Rauschgiftbekämpfung in Myanmar als „einen der wenigen hellen Punkte“ dort. Die Tageszeitung *Washington Post* meldete einen Tag später, das Außenministerium stehe kurz davor, die Streichung Myanmars aus der amerikanischen Liste der größten Rauschgiftproduzenten zu empfehlen. Falls Präsident Bush einer solchen Empfehlung gefolgt wäre, wäre formell der Weg für US-Gelder für die Rauschgiftbekämpfung in Myanmar frei geworden. Kurz darauf erschienen jedoch äußerst negative Artikel zu Myanmar in einigen US-Zeitungen, und am 17. Dezember teilte ein Regierungssprecher in Myanmar mit, dass ihr die o.a. „Zertifizierung“ durch die US-Regierung verweigert worden sei. Beträchtlich dazu beigetragen hat nach einer amerikanischen Pressemeldung Senator Mitch McConnell, Verfechter einer Politik des Druckes gegenüber Myanmar.⁴⁸

Der öfter erhobene Vorwurf, die Regierung Myanmars oder höhere Repräsentanten der Regierungsseite seien in das Rauschgiftgeschäft verwickelt, ist nicht stichhaltig. Dem Autor dieses Beitrages wurde vor etwa zwei und drei Jahren beim Besuch des ständigen Büros des United Nations Drug Control Program (UNDCP; inzwischen umbenannt in United Nations Office on Drug Control and Crime Prevention, UNODCP) in Myanmar auf Befragen mitgeteilt, dem Büro lägen keine Hinweise darauf vor (womit ein eventuelles rechtswidriges Verhalten etwa einzelner tiefrangiger Beamter o.Ä. nicht prinzipiell ausgeschlossen blieb).

Da die Regierung Myanmars dem Rauschgiftkonsum im eigenen Land entgegenwirkt, und da sie ein aktives Interesse an guten Beziehungen zu Anrainerstaaten wie der VR China und Thailand – in welche die geschmuggelten Drogen hauptsächlich gegangen sind – hat, ist davon auszugehen, dass sie das bereits fest institutionalisierte Rauschgiftbekämpfungsprogramm energisch weiter fortsetzt.

4 Wirtschaftslage und Ausblick

Die Wirtschaft Myanmars hat trotz aller seit einem Jahrzehnt oder länger in ausländischen Presseorganen und in Äußerungen einzelner ausländischer Politiker zu findenden Behauptungen, sie stehe am Rande des Zusammenbruchs, stetig weiter expandiert. Nach offiziellen myanmarischen Angaben lag die reale Zuwachsrates des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Haushaltsjahr 2000/01 (1.4.-31.3.) bei 13,7% und 2001/02 (nach den revidierten vorläufigen Zahlen) bei 10,5%. 2001/02 wuchs die Güterproduktion real um 9,7%, der Dienstleistungsbereich um 15,7% und der Handel um 11,1%; in der Landwirtschaft (hier ohne Tierzucht), welche die breite Basis der Wirtschaft Myanmars bildet, wurde eine reale Wachstumsrate

⁴⁷ *Information Sheet* No.C-2063 (I), 26.12.2001.

⁴⁸ S. SOAa, 1/2003, Ü 54, und die dort angegebenen Quellen.

von 8,0% erzielt, im verarbeitenden Gewerbe von 15,2%, im Baugewerbe von 29,2%, im Verkehr von 16,4%, in der Nachrichtenübermittlung von 33,3%, im Finanzsektor von 22,4%. Zwei Sektoren allerdings schrumpften: der Bergbau um 7,8% (Vorjahr: + 27,3%) und die Stromerzeugung um 5,5% (Vorjahr: + 15,3%).⁴⁹

Selbst wenn man einen gewissen Grad an Ungenauigkeit – der unterschiedlich auch in anderen Ländern gegeben ist – unterstellt, sind dies beachtliche Ergebnisse, umso mehr, als sie weitgehend ohne ausländische Unterstützung (und nahezu völlig ohne ausländische Entwicklungshilfe) erwirtschaftet wurden. Seit das Militär 1988 die Macht übernahm, sind mehr wirtschaftliche Fortschritte erzielt worden als vorher in Jahrzehnten, und es ist durch einen starken Ausbau der Infrastruktur usw. eine deutliche Entwicklung in Richtung auf ein modernes Wirtschaftssystem erfolgt – wenn auch nach dem Niedergang in der vorausgegangenen Sozialismus-Periode noch sehr viel zu tun bleibt.⁵⁰

Zu den größten Problemen gehört nach wie vor der Mangel an Kapital für eine intensivere Nutzung der an sich reichen wirtschaftlichen Grundlagen. Die auf der Grundlage des Investitionsgesetzes von 1988 neu genehmigten ausländischen Direktinvestitionen, die sich allein im letzten Haushaltsjahr vor Beginn der Asienkrise, 1996/97, auf über 2,8 Mrd. US\$ beliefen, haben seither auf niedrigem Niveau erheblich geschwankt. 2000/01 erreichten sie 217,9 Mio. US\$, 2001/02 ein Tief von ganzen 19 Mio. US\$. Entwicklungshilfe in Form von weichen Krediten oder Zuschüssen kommt außerhalb des humanitären Bereiches angesichts der Blockade in der Weltbank, dem IMF, der Asiatischen Entwicklungsbank u.a. durch die USA und die EU vor allem aus der VR China und in kleineren Beträgen aus Japan; neuerdings ist auch Indien ein Kreditgeber. Die Handelsbilanz ist trotz kurzfristig positiver Ergebnisse insgesamt negativ geblieben, doch konnte das Defizit innerhalb von vier Jahren von einem Höchststand von 10,116 Mrd. K auf 2001/02 ganze 1,247 Mrd. K (grob 200 Mio. US\$) reduziert werden. Die Terms of Trade haben sich im letzteren Rechnungsjahr etwas verbessert, waren mit 41,7 (bezogen auf 1985/86 = 100) aber für Myanmar noch immer sehr ungünstig. Die Zahlungsbilanz wies 1997/98 und 1998/99 jeweils einen geringen Überschuss aus, in den beiden folgenden Rechnungsjahren ein minimales Defizit, 2001/02 einen kleinen Überschuss von knapp 100 Mio. US\$.

Ein zweites Problem sind die im internationalen Vergleich sehr niedrigen Einkommen eines Großteils der nicht selbstständigen Erwerbstätigen, auch im öffentlichen Dienst. Sie liegen teilweise bei unter (umgerechnet) 20 US\$ im Monat, für Facharbeiter oder hohe Ministerialbeamte bei etwa 30 US\$. Selbstständige können in einigen Sparten höhere Einkommen erzielen, und es gibt bereits eine Anzahl Dollar-Millionäre. Eine wirklich breite finanzielle Mittelschicht fehlt aber noch weitestgehend. Die geringe Kaufkraft der Normalverbraucher auf dem Binnenmarkt reicht zwar für Nahrungsmittel und einfa-

che Konsumgüter aus, bietet aber nur eine sehr schwache Grundlage für die Produktion hochwertigerer Güter im Inland, falls diese nicht (auch) für den Export bestimmt sind. Die Inflationsrate schwankt noch erheblich: Während der Verbraucherpreisindex 2000/01 sogar um 1,7% sank, schnellte er 2001/02 um 34,5% nach oben. In den ersten fünf Monaten 2003 stieg er jedoch um weniger als 6%.⁵¹

Ebenfalls nicht unbeträchtlichen Schwankungen unterworfen ist der Wechselkurs für den US\$ (seit kurzem sollen auch Euros akzeptiert werden). Die Dollarparität lag zeitweilig bereits bei mehr als eintausend Kyat, Ende Januar und in den ersten Februarwochen 2004 (und auch außerhalb dieser Periode) aber konstant bei etwa 850. (Der „offizielle“ Wechselkurs gilt nur noch in bestimmten Bereichen, der Freimarktkurs durch lizenzierte Geldwechsler ist legal.) Der Zwangsumtausch von zuletzt 200 US\$ in FEC\$ für einreisende ausländische Individualtouristen ist abgeschafft worden, sodass der FEC\$ offenbar nur noch untergeordnete Bedeutung hat.

Zur Einschätzung der künftigen Entwicklungstendenz soll hier keine detaillierte Übersicht gegeben werden, sondern nur auf punktuelle Neuentwicklungen u.Ä. in einzelnen Sektoren hingewiesen werden.

In der *Landwirtschaft* hat die Regierung mit Wirkung vom 1.1.2004 den Reishandel freigegeben – ein schon seit Jahren ins Auge gefasster Schritt. Im Inland kann jetzt prinzipiell jeder Staatsbürger mit Reis handeln, und der Preis soll sich am Markt bilden, staatliche Reisspeicher und Reismühlen – es gibt auch private – können angemietet werden. Der Zwangsaufkauf eines Teils der Ernte durch staatliche Stellen entfällt. Das staatliche Monopol für den Reisexport ist aufgehoben, aber ein Myanmar Rice Trading Leading Committee übt noch gewisse Kontrollfunktionen aus. Die (privaten) Reisexporteure haben einen Exportzoll von 10% zu entrichten; der restliche Gewinn geht zur Hälfte an sie und zur Hälfte an den Staat.⁵²

Nach der Rekord-Reisernte von 21,569 Mio. t 2001/92 wurde für 2003 erneut eine sehr gute Ernte erwartet (das Ergebnis liegt hier noch nicht vor). Das große Angebot hatte offenbar einen erheblichen Preisrückgang zur Folge, der den Verbrauchern zugute kam, während die Bauern durch die gesteigerte Produktion ebenfalls zufrieden stellende Einnahmen erzielten.⁵³

Im *Bergbau* hat eine neue Versuchsbohrung im Block A-1 offshore vor Rakhine eine Erdgas-Reserve von 5,8 Billionen Kubikfuß ergeben; das wirtschaftlich nutzbare Gesamtvolumen des Vorkommens wird auf 13,4 Billionen Kubikfuß oder mehr geschätzt – mehr als die seit einigen Jahren ausgebeuteten und überwiegend für Exporte nach Thailand genutzten Vorkommen von Yadana und Yeta-gun zusammen. An dem Joint Venture zu seiner Exploration und Ausbeutung sind das südkoreanische Unternehmen Daewoo International mit 60% beteiligt, die staatliche indische Oil and Natural Gas Commission (ONGC) mit 20%, die staatliche Gas Authority of India (GAI) und die südkoreanische Firma KOGAS mit je 10%. Indien hat bereits vor einiger Zeit Interesse am Bezug von Erdgas aus dem Lager bekundet (wozu dann eine Pipeline durch

⁴⁹Laut Central Statistical Organization (Yangon) (Hrsg.), *Statistical Yearbook 2002*, Yangon, December 2002, S.312. Auch andere Zahlen in diesem Textteil sind, so weit nicht andere Quellen angeführt sind, diesem Jahrbuch entnommen.

⁵⁰S. auch die Vergleichszahlen für die Haushaltsjahre 1987/88 und 2000/01 in den Tabellen in SOAa, 6/2002, S.580-585.

⁵¹*Myanmar Times*, 15.-21.12.2003.

⁵²*Information Sheet No.C-2604 (I)*, 24.4.2003.

⁵³*Myanmar Times*, 1.-7.12.2003.

Bangladesch gebaut werden soll). Das neu entdeckte Vorkommen dürfte zu einem sehr wichtigen Devisenbringer für Myanmar werden.⁵⁴

Im November 2003 hat das Explorationsunternehmen des thailändischen Energiegiganten Thai PTT Public Co. Ltd. von Myanmar die Erdgas-Explorationsrechte für die Blöcke M-7 und M-9 erhalten, die offshore zwischen den bereits genutzten Feldern Yadana und Yetagun liegen.⁵⁵

Im *verarbeitenden Gewerbe* hat die erst in den letzten Jahren durch Aufträge aus den USA stark gewachsene Bekleidungsindustrie (Lohnveredelung) mit ihren 400.000 Beschäftigten durch das politisch bedingte amerikanische Verbot von Importen aus Myanmar (s.o.) sehr starken Schaden genommen; durch Betriebsschließungen wurde eine große Zahl von Arbeiterinnen arbeitslos. Ein Ausweichen mit der Produktion auf andere Märkte ist zumindest kurzfristig nur sehr begrenzt möglich.⁵⁶

Neue Investitionen sind u.a. in den Bau einer Papierfabrik mit einer Tageskapazität von 200 t (der myanmarische Papierbedarf wird bisher nur zu etwa 40% aus der Inlandsproduktion gedeckt) und einer Fabrik für die Produktion von Dieselmotoren mit 200 bis 800 PS erfolgt.⁵⁷

In der *Energiewirtschaft* ging die installierte Leistung 2001/02 um minimale 6 MW auf 1.165 MW zurück, aber verschiedene neue Kraftwerke sind bereits in Bau, darunter die Wasserkraftwerke Paunglaung und Ye-Ywa mit 280 bzw. 790 MW. Eine drastische Erhöhung der Stromerzeugung steht also konkret bevor. Außerdem ist wieder ein Wasserkraftwerk-Komplex am Thanlwin-Fluss im Gespräch, der seinen Strom überwiegend nach Thailand exportieren soll – ein in jedem Fall längerfristiges Projekt.

Der *Verkehrssektor* wird weiter stark ausgebaut. Konkret geplant sind auch internationale Transitprojekte. In der Zivilluftfahrt sind von dem neuen Flughafen von Monywa, der Mitte 2004 in Betrieb gehen soll, auch das Terminalgebäude und der Kontrollturm fertig gestellt worden.⁵⁸ Vom neuen Flughafen von Patheingyi ist, wie im Vorbeifahren von der nahen Straße aus zu erkennen, die Rollbahn nahezu fertig. Außerdem wurde 2003 unter Beteiligung der staatlichen Myanma Airways eine neue Joint-Venture-Fluggesellschaft gebildet – die vierte Fluggesellschaft des Landes; Vertragspartner sind Firmen aus Myanmar, Singapur und Frankreich.⁵⁹ Im Auslands-Luftverkehr gibt es zwischen Yangon und Bangkok täglich in jeder Richtung bis zu fünf Flüge, zwischen Yangon und Singapur täglich in jeder Richtung ein bis zwei Flüge. Direkte Flugverbindungen ab und nach Yangon bestehen auch mit Kuala Lumpur, Dhaka, Calcutta, Chiangmai, Taipei, Kunming, Wien (saisonal), Paro, außerdem Flugverbindungen von und ab Mandalay mit Bangkok, Chiangmai und Kunming.⁶⁰ An einer Eisenbahnverbindung zwischen Yangon und Bangkok fehlen nur etwa 150 km, allerdings durch schwieriges Gelände und nicht konkret geplant.

Im *Tourismus* gab es 2001/02 insgesamt 34 staatliche

und 493 private Hotels, Motels und Rasthäuser mit zusammen 3.834 bzw. 27.756 Betten. Im selben Rechnungsjahr reisten 295.354 (Vorjahr: 260.616) Touristen aus dem Ausland ein, darunter auf dem Luftweg 118.325 (Vorjahr: 121.016), außerdem 64.050 (Vorjahr: 64.426) sonstige Besucher. Der Strand von Ngapali ist dabei, sich zum ersten Strand des Landes für den Massentourismus zu entwickeln. Ihm dürfte, wenn der Flughafen beim 30 Meilen entfernten Patheingyi und eine Brücke über den Ayeyarwaddy ebenfalls dort (voraussichtlich 2005) fertig gestellt sind, der wesentlich längere Strand von Ngwe Saung folgen; dort sind bereits 18 Hotels, darunter drei Vier-Sterne-Hotels, in Betrieb, ein weiteres ist in Bau, aber die Zahl der Besucher ist wegen der relativ langwierigen Anfahrt ab Yangon noch sehr gering. Der Tourismussektor hat in Myanmar ein großes, erst zu einem geringen Teil genutztes Potenzial.

Die Krise im *Bankwesen* ist praktisch beendet. Sie war 2003 durch etwa 10 Nichtbanken ausgelöst worden, die illegal Einlagen akzeptierten und dafür unhaltbar hohe Zinsen zusagten. Ihre Schwierigkeiten führten zu einem Run auf Banken. Die Regierung reagierte mit der Bereitstellung von Geldern zur Erhöhung der Liquidität und gleichzeitig einer Beschränkung der Auszahlungsbeträge auf 100.000 K je Einleger pro Woche – was manche Betriebe zahlungsunfähig machte und zur Schließung zwang. Sechs der etwa 20 Privatbanken Myanmars mussten durch die Krise schließen. Drei von ihnen konnten im Februar 2004 wieder ihre normalen Geschäfte – ohne Begrenzung der Auszahlungsbeträge – aufnehmen.⁶¹

In der *Außenwirtschaft* ist Nutzen für Myanmar aus seiner Beteiligung an multinationalen Gremien hervorzuheben, so durch seine Mitgliedschaft in der BIMST-EC (Bangladesh-India-Myanmar-Singapore-Thailand Economic Cooperation) und der AFTA (ASEAN Free Trade Area) mit ihrer in Gang befindlichen Einbeziehung der VR China, Japans und Südkoreas.

Trotz bekannter Probleme kann Myanmar mittelfristig auch bei der derzeitigen Konstellation mit einem fortgesetzten Wirtschaftswachstum rechnen. Dieses würde sich zunehmend beschleunigen, wenn die internationale Wirtschaftshilfe wieder aufgenommen würde.

5 Resümee

Myanmars gegenwärtiges politisches System ist formell eine Diktatur – aber ohne einen personifizierten Diktator. Es „herrscht“ eine oder die Führungsgruppe der Streitkräfte. Sämtliche Mitglieder des Führungsgremiums SPDC – Nachfolger des 1988 gebildeten SLORC – außer den obersten dreien sind in den letzten Jahren ausgewechselt worden, ebenso ihre Vorgänger vorher. Selbst der heutige Führer und Vorsitzende des SPDC, unbestritten in seiner Position als eine Art respektierter primus inter pares, ist aus dem zweithöchsten Amt nachgerückt, als sein Vorgänger sich öffentlich allzu machtbewusst äußerte und daraufhin vom SLORC abgesetzt wurde. Unabhängig von seiner Zusammensetzung hat der SLORC/SPDC sich bisher nach außen stets einig gezeigt und kontinuierlich dieselbe Politik verfolgt.

⁶¹ISN und DVB, o.D., laut Mhone Shwe Yee, 31.1.2004.

⁵⁴ *Myanmar Times*, 19.-25.1.2004.

⁵⁵ *Myanmar Times*, 24.-30.11.2003.

⁵⁶ *Myanmar Times*, 21.-27.7.2003.

⁵⁷ *The New Light of Myanmar*, 31.7.2003; *Myanmar Times*, 29.9.-5.10.2003.

⁵⁸ *Myanmar Times*, 15.-21.12.2003.

⁵⁹ *Myanmar Times*, 29.9.-5.10.2003.

⁶⁰ *Myanmar Times*, 27.10.-2.11.2003.

Diese Politik sah, wie bereits am Tag des Militärputsches 1988 formell verkündet und danach in mehreren Anläufen zu realisieren versucht, eine Rückkehr zu einem parlamentarischen Mehrparteiensystem vor, sobald die politische und wirtschaftliche Lage stabilisiert seien. Der Weg dahin wurde unterbrochen, weil die in der Wahl 1990 überragend siegreiche Oppositionspartei NLD die politische Initiative an sich zu ziehen versuchte bzw. später unter ihrer De-facto-Führerin, der Generalsekretärin Aung San Suu Kyi, auf einen zunehmend harten Konfrontationskurs ging. Hätte die NLD der damals vom SLORC immer wieder öffentlich angekündigten Ausarbeitung einer Verfassung durch das 1990 gewählte Parlament uneingeschränkt zugestimmt, so hätte sie mit ihrer überwältigenden Sitzmehrheit im Parlament mutmaßlich weitaus mehr von ihren Vorstellungen verwirklichen können als ihr das heute nach Jahren der Konfrontation möglich ist. Der grundlegende Gegensatz zwischen der NLD(-Führung) und der Regierung ist seit 1990 (und war es auch schon vorher), dass die NLD zunächst eine Machtübergabe an sie und erst danach die Ausarbeitung einer endgültigen Verfassung anstrebt, während der SLORC/SPDC darauf besteht, die Macht nur auf der Grundlage einer geltenden und (durch – inzwischen eine neue – Parlamentswahl etc.) in die Tat umgesetzten Verfassung die Regierungsgewalt zu übergeben. Nach den bereits ausgearbeiteten Teilen der Verfassungsgrundzüge soll das Militär dabei einige Sonderrechte erhalten, aber drei Viertel der Abgeordneten in jedem der vorgesehenen zwei Häuser des Parlaments würden gewählt, einzeln angeführte Grundrechte garantiert, der Präsident (und gleichzeitig Regierungschef) in einem Verfahren gewählt, in dem theoretisch auch ein Oppositioneller diese Position übernehmen könnte, die ethnischen Minderheiten – allerdings unter Ausschluss einer Sezession – mehr Rechte erhalten als sie jemals seit der Unabhängigkeit 1948 besaßen, usw.

Selbst Gegner des SPDC in Myanmar sind offenbar nicht der Auffassung, dass der SPDC mit Gewalt gestürzt werden kann, und die Streitkräfte sind inzwischen sehr viel stärker als sie es beim Putsch 1988 waren. Unter diesem Aspekt war die Konfrontationspolitik gegen den SLORC/SPDC falsch bzw., da sie eine Verhärtung der Fronten statt einer Lösung mit sich brachte, sogar kontraproduktiv – es sei denn, man erhoffte sich, wie dies Aung San Suu Kyi dem äußeren Anschein nach tat, einen Rücktritt des SLORC/SPDC durch Druck aus dem Ausland.

Ein solcher Druck wurde und wird durch eigene Sanktionen, Blockierung der multinationalen Entwicklungshilfe, ständige politische Angriffe usw. hart von den USA und in etwas geringerem Maße von der EU ausgeübt. Da Myanmar jedoch entgegen den Phrasen mancher Politiker im Ausland jedoch keineswegs international isoliert ist, sondern zu den meisten Ländern der Welt zumindest normale Beziehungen unterhält sowie durch gute Beziehungen zur VR China und inzwischen auch Indien, seit 1997 durch seine Vollmitgliedschaft in der ASEAN politisch und wirtschaftlich gegen solchen Druck erheblich abgeschirmt ist, und da eine militärische Besetzung des friedfertigen Landes durch die USA aus verschiedenen Gründen nicht zu erwarten war und auch jetzt nicht zu erwarten ist, war und ist eine Politik des Druckes –

die sicherlich zu einzelnen kleinen Veränderungen unter dem Aspekt Menschenrechte geführt hat – in Bezug auf die Hauptforderung, einen Regierungswechsel, stets zum Scheitern verurteilt. Hingegen hat sie durch Unterstützung auch des Konfrontationskurses (und sogar bewaffnet gegen die Regierung kämpfender Organisationen) einer Kompromisslösung in der Innenpolitik Myanmars durch den o.a. Übergang zu einer gelenkten Demokratie entgegengewirkt und damit einen potenziellen Einigungsprozess hinausgezögert.

Wenn sowohl die innen- als auch die außenpolitische Konfrontationspolitik keine Aussicht auf einen letzten Erfolg hat, bietet sich als Alternative an, den Weg zum Regierungs- und Systemwechsel über eine neue Verfassung zu unterstützen, den der SLORC/SPDC viele Male öffentlich angeboten und mehrmals auch zu verwirklichen versucht hat. Derzeit unternimmt der SPDC einen neuerlichen Anlauf dazu: Nach der Verkündung der Road Map im August 2003 durch den neu eingesetzten Premierminister (der weiter dem SPDC angehört und auch in seiner neuen Position protokollarisch weiter das dritthöchste Amt im Staate innehat) erscheint es so gut wie sicher, dass die 1996 nach Abzug der NLD-Delegierten aus dem „Nationalkonvent“ ausgesetzte Arbeit an einer neuen Verfassung noch in diesem Jahr wieder aufgenommen wird. Die Repräsentanten ethnischer Minderheiten sowie die bestehenden politischen Parteien sind bereits zur Teilnahme eingeladen worden. Anschließend soll laut Road Map eine Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf stattfinden und dann auf der Grundlage der Verfassung ein Parlament gewählt und schließlich die Regierungsgewalt übergeben werden. Vom SPDC einen festen Zeitplan dafür zu verlangen, ist insofern absurd, als er ja zu ausstehenden Verfassungsfragen eine Einigung mit den politischen Parteien und Repräsentanten ethnischer Minderheiten herbeiführen soll, d.h. die benötigte Zeit nicht von ihm allein bestimmt wird. Es ist allerdings davon auszugehen, dass der SPDC versuchen wird, etwas auf das Tempo zu drücken, um 2006, wenn Myanmar routinemäßig den Vorsitz in der ASEAN übernimmt, zuallermindest ein weit fortgeschrittenes Stadium vorweisen zu können.

Der herrschende SPDC – innerhalb dessen es durchaus auch Gegner einer solchen Politik geben mag – ist ganz eindeutig auf den Verfassungsprozess und seine Konsequenzen festgelegt. Eine Reihe anderer innenpolitischer Kräfte in Myanmar, einschließlich nach den jüngsten Aussagen des UNO-Sonderbeauftragten Razali auch Aung San Suu Kyis (s.o.), ist offenbar bereit, sich daran zu beteiligen. Die Betroffenen kennen die Probleme, die Ansichten ihrer Gegner und ihre eigenen Ansichten, am besten selbst.

Was das Ausland zu einem Gelingen dieser grundlegenden politischen Veränderungen in Myanmar beitragen kann, ist vor allem, nicht durch versuchte Einflussnahme auf Inhalte zusätzliche Probleme und Verzögerungen zu bringen, sondern z.B. durch Abbau von Sanktionen und durch eine breitere Entwicklungszusammenarbeit alle Beteiligten in Myanmar zu einer Fortsetzung des Prozesses zu ermutigen. Mit einem Erfolg auf dem jetzt in Myanmar wieder eingeschlagenen Weg würden viele andere Probleme in Myanmar verschwinden oder schwächer werden – u.a. auch in Sachen Menschenrechte und Armut.